Digitalpolitik der Parteien zur Bundestagswahl 2021

Markus B. Siewert, Pascal D. König
17th September 2021

Mit der sich fortsetzenden Digitalisierung werden zahlreiche gesellschaftliche Bereiche transformiert. Die Politik kommt dadurch längst nicht mehr daran vorbei, sich dem Themenbereich anzunehmen. So wählen bei der anstehenden Bundestagswahl am 26. September 2021 in Deutschland die Bu̇rger:innen eine neue Regierung, zu deren wesentlichen Tȧtigkeitsfeldern auch die aktive Gestaltung der digitalen Transformation za̋hlen wird. Wie setzen sich die Parteien also mit dem Thema Digitalisierung auseinander?

Als Megatrend durchdringt Digitalisierung eine Vielzahl von gesellschaftlichen Bereichen. Dabei kommt die Politik la̋ngst mich mehr daran vorbei, sich angesichts der vielfȧltigen Chancen und Herausforderungen der tiefgreifenden Vera̋nderungsprozesse – vom digitalen Klassenzimmer u̇ber effizientere Energiesysteme, Sicherheit der (digitalen) Infrastruktur bis zur Diskriminierung durch Formen von Kűnstlicher Intelligenz oder Hassrede und Cybermobbing – dem Themenbereich Digitalisierung anzunehmen. Bei der anstehenden Bundestagswahl am 26. September 2021 wa̋hlen die Bu̇rger:innen eine neue Regierung, zu deren wesentlichen Tȧtigkeitsfeldern zweifelsohne die aktive Gestaltung der digitalen Transformation in Deutschland za̋hlen wird. Dabei ist die Auseinandersetzung mit dem Thema Digitalisierung auf

politischer Ebene gerade jetzt wichtig, da heute zentrale Weichenstellungen fuŕ zukuńftige Entwicklungen in nahezu allen Lebensbereichen stattfinden, die nachtraǧlich wohl schwieriger zu revidieren sein duŕften.

Dabei bestehen zwischen den Parteien teils merkliche Unterschiede bezuǧlich der Bedeutung, die sie der Digitalisierung zuweisen, sowie den Themen, die fuŕ sie bei der Gestaltung des digitalen Wandels im Vordergrund stehen. Unsere Analyse der aktuellen Wahlprogramme sowie der Vergleich mit den vorangegangenen Wahlen im Jahr 2013 und 2017 offenbart, wie sich das Thema Digitalisierung in der Parteipolitik entwickelt und wo sich die Parteien voneinander abgrenzen.

Unsere Analyse der Daten zeigt, dass:

1. die Bedeutung des Themas seit der der Wahl im Jahr 2013 deutlich zugenommen hat;

2. klare Verschiebungen bei den wichtigsten digitalpolitischen Themen stattgefunden haben;

3. sich die Parteien zur Bundestagswahl im Jahr 2021 bei ihren digitalpolitischen Schwerpunktsetzungen zwar unterscheiden, allerdings auch ein gemeinsamer Kern von priorisierten Themen besteht.

Daten und Methoden

Diese Analyse basiert auf einem systematischen Datensatz auf Bundes- und Länderebene, der alle Wahlprogramme der derzeit im Bundestag vertretenen Parteien seit 2010 umfasst. Mittels einer umfangreichen Liste von Schlagwörtern (z.B. „digital“, „Daten“, „Industrie 4.0“) wurden hierzu in einem ersten Schritt relevante Sätze mit Bezug zum Themenfeld Digitalisierung aus den Programmen mit Hilfe einer Software gefiltert. Die so identifizierten Sätze wurden dann in einem zweiten Schritt entlang eines eigens entwickelten Kategorienschemas insgesamt 18 Themenbereichen zugeordnet. Sätze ohne Digitalisierungsbezug wurden aus dem Datensatz entfernt. Insgesamt beinhaltet der Datensatz mehr als 20.000 Sätze zur Digitalpolitik der Parteien; auf Bundesebene wurden 2.791 Sätze für die Jahre 2013 (571 Sätze), 2017 (831) und 2021 (1.389) identifiziert.

1. Bedeutung von Digitalisierung in den Wahlprogrammen

Wie viel Platz nimmt das Thema Digitalisierung in den Wahlprogrammen der Parteien ein? Hierfür kann man den Anteil der Sätze mit Bezug zu digitalpolitischen Themen betrachten.[1] Abbildung 1 visualisiert die Wichtigkeit von Digitalpolitik im Parteienvergleich mit Blick auf die Bundestagswahlen 2013, 2017 und 2021.

Anhand dieser Zahlen lässt sich ein klarer Bedeutungszuwachs von Digitalpolitik seit der Bundestagswahl 2013 feststellen. Demnach hat sich die durchschnittliche Wichtigkeit über alle Parteien etwa verdreifacht und liegt zur Bundestagswahl im Jahr 2021 bei etwas unter zehn Prozent. Anders formuliert: nahezu jeder 10. Satz in den Wahlprogrammen der Parteien weist einen Bezug zur Digitalisierung auf, wobei sich entsprechende Aussagen durch beinahe alle Abschnitte der Wahlprogramme ziehen. Zum Vergleich, von den über 60 Seiten des SPD-Programms machen die Abschnitte zu Rente und zu bezahlbarerem Wohnraum jeweils eine Seite aus, was rund zwei Prozent entspricht; und das gesamte erste Kapitel zu Umwelt- und Klimapolitik der Grünen macht rund 15Prozent des gesamten Programms aus. Im Unterschied zu diesen relativ klar konturierten Themenbereichen und Politikfeldern, zieht sich Digitalisierung durch mehr oder minder alle Felder.

Beim Vergleich der Parteien fällt auf, dass die AfD und die Linke 2021 das Schlusslicht bilden und Digitalisierungsthemen – wie bereits bei den vorangegangenen Bundestagswahlen 2017 und 2013 – das geringste Gewicht beimessen. Die Unterschiede zu den anderen Parteien sind bezogen auf die Relationen ähnlich geblieben, während sich das Niveau verschoben hat. Lagen noch im Jahr 2013 alle Parteien bei einer Spanne zwischen 0 und 5 digitalpolitischen Sätzen auf 100 Sätze im Parteiprogramm, liegt diese Spanne im Jahr 2021 bei zwischen 5 (AfD) und 12 Prozent (CDU/CSU).

An der Spitze stehen im Jahr 2021, wie schon zur Bundestagswahl im Jahr 2017, CDU/CSU, FDP und SPD, wobei insbesondere die Unionsparteien mit Blick auf Digitalisierungsthemen nochmals einen großen Schritt nach vorne gemacht haben (+ 3% im Vergleich zu 2017). Hat sich also noch zur Wahl im Jahr 2017 die FDP als die Digitalisierungspartei präsentiert, was zu den Zahlen in Abbildung 1 passt, wird sie im Jahr 2021 durch die Union überflügelt, wenn man die Betonung des Themas im Wahlprogramm betrachtet. Während die Grünen im Jahr 2013 nach der CDU/CSU noch an zweiter Stelle standen, sind sie mittlerweile von FDP und SPD klar überholt worden. Die Linkspartei hat im Vergleich zu 2013 deutlich zu den anderen Parteien aufgeschlossen.

Abbildung 1: Wichtigkeit von Digitalpolitik im Parteienvergleich, BTW 2013, BTW 2017 und BTW 2021

2. Die wichtigsten digitalpolitischen Themen

Tabelle 1 richtet den Blick auf die Themenwichtigkeit (Durchschnitt der Betonung über alle Parteien). Hier zeigt sich seit 2013 eine starke Verschiebung bei den Top-5-Themen. Konstant ist allein die große Bedeutung von Sicherheitsaspekten, die über alle Bundestagswahlen auf Platz 1 landen. Dass diese so weit oben stehen, liegt zum einen daran, dass darunter verschiedene Politiken und Entwicklungen fallen, etwa die Vorratsdatenspeicherung, Cybermobbing sowie Datensicherheit. Zum anderen sind Probleme wie Schäden durch Hackerangriffe, Cyberkriminalität oder Hate Speech über die Jahre eher noch größer geworden.

Tabelle 1: Top-5-Themen anhand der durchschnittlichen Themenwichtigkeit über Parteien

	2013		2017		2021	
1	(Cyber-)Sicherheit	14%	(Cyber-)Sicherheit	13%	(Cyber-)Sicherheit	11%
2	Privatsphäre und Datenschutz	11%	Digitale Infrastruktur	11%	E-Government	11%
3	Digitale Infrastruktur	9%	Gesundheit & E-Health	9%	Wirtschaft	11%
4	Kultur & Medien	9%	Wirtschaft	9%	Bildung & Wissenschaft	10%
5	Offener und gleicher Zugang	8%	Bildung & Wissenschaft	9%	Gesundheit & E-Health	6%

Neu unter den Top-5 findet sich im Jahr 2021 das Thema E-Government. Dabei hat sich die Bedeutung im Vergleich zu den Wahlen 2013 und 2017 nahezu verdreifacht, sodass das Thema direkt auf Platz 2 der wichtigsten Themen

landet. Aussagen in der Kategorie E-Government drehen sich vor allem um die Frage, wie die Verwaltung mittels digitaler Tools modernisiert und für Bürger:innen wie auch Unternehmen zugänglicher gestaltet werden kann. Darüber hinaus finden sich hier auch Aussagen darüber, dass und auf welchem Wege öffentliche Daten nutzbar gemacht werden sollen/können.

Wirtschaftliche Aspekte sowie Bildung und Wissenschaft landen 2021 auf Platz 3 und 4 der wichtigsten Themen. Damit setzt sich der Bedeutungszuwachs dieser beiden Themenfelder, den man bereits in den vorangegangenen Bundestagswahlen beobachten konnte, weiter fort. Im Zentrum von Bildung und Wissenschaft stehen dabei vor allem Aspekte der Förderung von Medienkompetenzen für das digitale Zeitalter an (Hoch-)Schulen, der Ausbau der digitalen Infrastruktur im Bildungsbereich sowie Investitionen in Wissenschaft und Forschung mit Blick auf digitale Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz oder Quantencomputing. Bei den Themen mit Wirtschaftsbezug betonen die Parteien u.a. das wirtschaftliche Potenzial von KI sowie von digitalen Technologien für die höhere Effizienz und Produktivität in der Landwirtschaft, aber auch Aspekte wie eine Digitalsteuer, Wettbewerbsverzerrungen durch Monopolbildung und die Einführung eines Digitaleuro.

Mit einigem Abstand und ganz knapp vor dem Thema digitale Infrastruktur landet das Thema Gesundheit auf Platz 5 der wichtigsten Themen im Jahr 2021. Überraschenderweise scheint das Thema im von der Covid-19-Pandemie geprägten Wahljahr gegenüber 2017 an Wichtigkeit verloren zu haben. Allerdings erklärt sich die große Bedeutung im Jahr 2017 durch die AfD, welche dem Thema in der vorangegangenen Wahl eine enorme Wichtigkeit beigemessen hat (u.a. die Auswirkungen von 5G). Berücksichtigt man diesen Ausreißer, so hat das Thema Gesundheit und Digitalisierung leicht hinzugewonnen – allerdings bei weitem nicht so stark, wie man hätte vermuten können.

Zusammengenommen lässt sich über die Zeit hinweg eine beachtliche Verschiebung im Themenfeld Digitalisierung beobachten: So treten gesellschaftspolitische Themen, die sich mit Fragen der von Privatsphäre und Datenschutz sowie dem offenen und gleichen Zugang zur Digitalisierung (u.a. Stichwort „Netzneutralität“) beschäftigen immer stärker in den Hintergrund. Gleichzeitig nimmt die Bedeutung des „Fitmachen“ für das digitale Zeitalter von Staat (E-Government), Wirtschaft (Wirtschaft und Forschung) und Bürger:innen (Bildung) zu. Sowohl E-Government als auch digitale Bildung und Cyber-Sicherheit sind wichtige Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung des Digitalsektors. Gleichzeitig sind Themen wie Sicherheit oder E-Government unkontrovers und unverfänglich, da sie generell auf Zuspruch stoßen dürften.

Standen Privatsphaŕe und Datenschutz im Jahr 2013 noch an zweiter Stelle (11%), haben sie schon 2017 (7%) und mehr noch im Jahr 2021 (5%) deutlich an Bedeutung verloren. Es liegt nahe, den Grund hierfuŕ in der Verabschiedung der Datenschutzgrundverordnung als wichtige rechtliche Grundlage auf EU-Ebene im Jahr 2018 zu sehen. Allerdings sind Fragen des Datenschutzes damit keineswegs vom Tisch, wie etwa die festgestellten Handlungsbedarfe und Empfehlungen der Datenethikkommission zeigen. Deren Vorschlaẅge fuŕ effektivere Verwirklichung informationeller Selbstbestimmung sah der Verbraucherzentrale Bundesverband ein Jahr nach dem Kommissionsbericht als

noch kaum umgesetzt (Verbraucherzentrale Bundesverband 2021). Gleichzeitig ist zu beobachten, dass etwa die Union im September 2019 eine „Digitalstrategie“ öffentlich machte, welche unter anderem die Abschwächung bestehender Datenschutzregelungen vorsah, um persönliche Daten besser für wirtschaftliche Wertschöpfung nutzbar zu machen (Koch und Neuerer 2019). Demnach ist das Thema Datenschutz keineswegs abgehakt, der Zielkonflikt zwischen wirtschaftlichem Potenzial der Daten auf der einen, und persönlichen Rechten und individueller Selbstbestimmung auf der anderen bleibt weiter bestehen. Daher macht das Thema zwar weiterhin einen politischen Streitpunkt aus, verschwindet aber zunehmend aus der politischen Öffentlichkeit.

Wenn man weiterhin auf die Themen blickt, die bislang sehr wenig zur Geltung kommen, wird das Bild einer zunehmenden Priorisierung der wirtschaftlichen Bedeutung von Digitalisierung für den Wirtschaftsstandort Deutschland, der technologischen Modernisierung der Verwaltung (wobei vor allem Effizienzsteigerungen betont werden) sowie der Herausbildung von digitalen Kompetenzen noch deutlicher. So genießen gesellschaftspolitische Themen wie etwa Konsument:innenschutz (im Durchschnitt 3,5%) oder digitale Arbeitsverhältnisse (5%) weitaus weniger Aufmerksamkeit der Parteien. Dies ist insofern beachtlich, als etwa die Folgen von Automatisierung oder veränderten Arbeitsprozessen intensiv diskutiert werden. Gleiches gilt für die Auswirkungen von Monopolbildungen in der sog. Daten- und Plattformökonomie oder die mögliche Diskriminierung von gesellschaftlichen Gruppen im Zuge des zunehmenden Einsatzes von algorithmischen Entscheidungssystemen in unterschiedlichen Lebensbereichen. Es finden sich allerdings Anzeichen, dass die Parteien solche Fragen eher als Aufgaben für die Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene sehen: Die Wahlprogramme enthalten im Vergleich zur vorangehenden Wahl als auffällige Neuerung zahlreiche Verweise auf die Wichtigkeit der Kooperation auf Ebene der Europäischen Union beim Umgang mit dem digitalen Wandel, sowohl im gesellschaftspolitischen als auch im wirtschaftlichen Bereich.

Beachtlich ist zudem, welchen Themen die Parteien so gut wie keine Bedeutung schenken: Demnach spielen mehr Demokratie und mehr Bürgerbeteiligung (0,1% der Aussagen) durch digitale Mittel kaum eine Rolle in den Wahlprogrammen. Zudem wird beim Thema E-Government die Digitalisierung in der Regel als Einbahnstraße verstanden, im Sinne von einseitiger Bereitstellung von Informationen durch die Verwaltung und einseitigem Zugang der Bürger:innen zu Ämtern, nicht aber als Möglichkeit des stärkeren Austauschs der Bürger:innen mit der Politik, und umgekehrt. Ferner zeigt sich, dass Digitalisierung bei zentralen Zukunftsthemen wie Umwelt und Energie (3%) sowie Verkehr und Mobilität (2%) eine überraschend nachgeordnete Rolle in den Wahlprogrammen der Parteien spielen. Mit Blick auf die Themenwichtigkeiten ist abschließend festzustellen, dass Digitalisierung zwar eine Vielzahl von Bereichen durchzieht, sie aber trotz ihrer gestiegenen Bedeutung bei etablierten Themen wie Rente, Immigration oder Soziales nicht auftaucht. Bei zentralen politischen Themen, die die Menschen bewegen, spielt Digitalisierung also keine Rolle.

3. Parteienunterschiede bei Themenschwerpunkten 2021

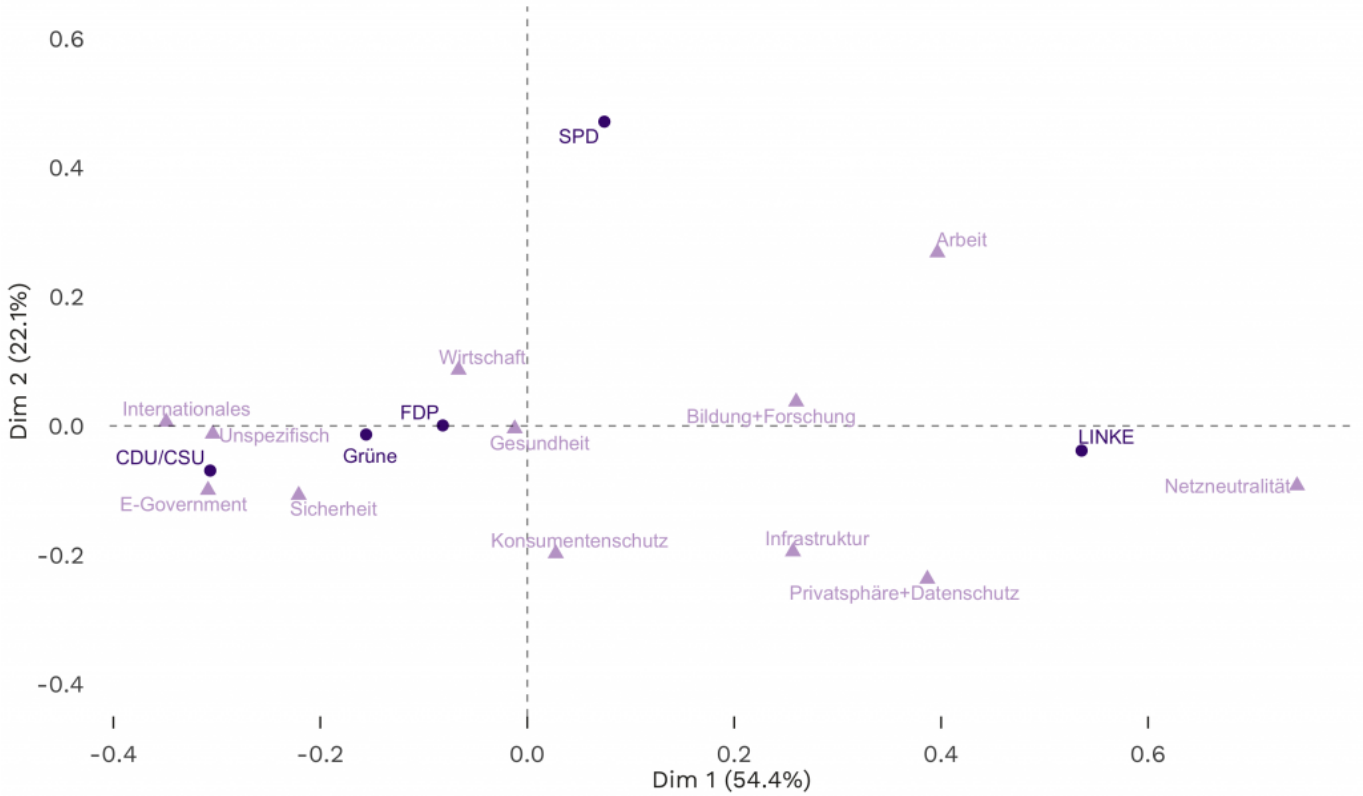
Tabelle 2 legt dar, welche digitalpolitischen Themen bei den Parteien im Jahr 2021 an vorderster Stelle stehen. Hierbei zeigen sich klare Unterschiede, aber auch unerwartete Gemeinsamkeiten. So betonen die Union, die FPD, aber auch die Grünen – allerdings in variabler Reihung – primär die Themen (Cyber-)Sicherheit, E-Government und Wirtschaft. Die AfD legt ebenfalls großen Wert auf Sicherheitsaspekte und E-Government, fällt aber im Jahr 2021 als die Partei auf, die am stärksten das Thema Privatsphäre und Datenschutz betont. Für die SPD stellen wirtschaftliche Potenziale der Digitalisierung zwar auch einen wichtigen Aspekt dar, daneben liegen ihre Akzente aber bei Fragen, die Kultur und Medien (Journalismus, Öffentlich-Rechtliche im digitalen Wandel, neue Formate etc.) sowie Bildung und Wissenschaft betreffen. Letzteres steht bei der Linkspartei an erster Stelle, gefolgt von offenem und gleichem Zugang in der digitalen Gesellschaft und dem Thema Arbeitsverhältnisse in der digitalisierten Welt. Insgesamt zeigt sich somit, dass sich die SPD und vor allem die Linkspartei mit ihren Themenakzenten von den anderen Parteien deutlich absetzen.

Tabelle 2: Wichtigste Themen in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 nach Parteien (prozentualer Anteil am Wahlprogramm in Klammern)

Partei	Platz 1	Platz 2	Platz 3
AfD	(Cyber-)Sicherheit (12,3%)	E-Government (12,3%)	Privatsphäre & Datenschutz (12,3%)
CDU/CSU	(Cyber-)Sicherheit (17,4%)	E-Government (14,7%)	Wirtschaft (10,8%)
FDP	E-Government (13,7%)	(Cyber-)Sicherheit (12,9%)	Wirtschaft (11%)
Grüne	E-Government (14,8%)	Wirtschaft (10,3%)	(Cyber-)Sicherheit (9,7%)
LINKE	Bildung & Wissenschaft (13,7%)	Offener & gleicher Zugang (9,2%)	Arbeitsverhältnisse (8,9%)
SPD	Kultur & Medien (13,8%)	Wirtschaft (13,8%)	Bildung & Wissenschaft (10,3%)

Eine statistische Analyse der Parteienprofile mittels Korrespondenzanalyse, die alle Themen mit mehr als 3 Prozent durchschnittlicher Betonung einbezieht, unterstreicht die geschilderten Unterschiede (Beschriftungen zur besseren Lesbarkeit vereinfacht). In Abbildung 2, welche die Affinitäten der Parteien zueinander und zu den Themenfeldern widergibt, zeigt sich klar eine dominante Achse, die den Parteienraum durchzieht: Zwischen Sicherheit, E-Government und Wirtschaft auf der einen Seite und Aspekten, die rechtliche, infrastrukturelle und bildungsbezogene Voraussetzungen der Digitalisierung betreffen. Auf der zweiten Achse hebt sich vor allem die SPD durch ihre Betonung von kulturellen und medialen Aspekten von den anderen Parteien ab.

Abbildung 2: Positionierung der Parteien und Themen in einem gemeinsamen Raum mittels Korrespondenzanalyse



Welche weiteren Entwicklungen und Spezifika lassen sich mit Blick auf die Parteien zur Bundestagswahl 2021 finden?

Bei der AfD ist auffallig, dass sich das Portfolio an Themen, die mit Digitalisierung in Verbindung gebracht werden, im Jahr 2021 merklich ausdifferenziert hat. Damit einhergehend ist eine deutliche Verschiebung der Themenschwerpunkte zu beobachten. Wahrend (Cyber-)Sicherheit bereits in der letzten Wahl einen Fokus der AfD bildete, hat sie die Digitalisierung in den Themenfeldern E- Government, Wirtschaft und Privatsphare neu fur sich entdeckt. Wie bereits erwahnt, ging diese Aufmerksamkeitsverschiebung in erster Linie zu Lasten des Themas Gesundheit, das mit 38% aller Aussagen den ubergroßen Anteil im Wahlprogramm 2017 ausmachte. Auffallend ist auch der Schwerpunkt der AfD auf dem Thema gleicher und offener Zugang zur Digitalisierung, wobei hier besonders der Schutz der Meinungsvielfalt im Internet hervorgehoben wird.

Bei der CDU/CSU landet neben den drei oben genannten Top-Themen Bildung und Wissenschaft auf Platz 4, gefolgt von Fragen des Konsument:innenschutz. Bei letzterem Thema haben die Unionsparteien im Vergleich zu 2017 deutlich zugelegt und sind interessanterweise Spitzenreiter – gefolgt von der Linken und der AfD. Eine weitere interessante Entwicklung ist die bereits angesprochene gestiegene Betonung auf internationale Zusammenarbeit im Rahmen der EU sowie die außenpolitische Komponente der Digitalisierung – was die CDU/CSU mit der FDP und den Grünen gemeinsam hat. Sicherheitsthemen sowie E-Government haben gegenüber 2017 stark an Bedeutung gewonnen, wohingegen das ehemalige Top-Thema digitale Infrastruktur massiv an Gewicht verloren hat (2017: 16%; 2021: 3%). Geringe Relevanz hat die Digitalisierung zudem im Zusammenhang mit Zukunftsthemen wie Verkehr und Mobilität sowie Energie und

Umwelt.

Auch bei der FDP haben Cybersicherheit und E-Government im Jahr 2021 nochmals an Bedeutung gewonnen, aber weniger stark als bei der CDU/CSU, da diese Themen bereits 2017 stark besetzt waren. Gestiegene Aufmerksamkeit erfahren haben zudem – wie bereits angesprochen – Fragen der europaïschen und internationalen Zusammenarbeit und interessanterweise die Themenfelder Umwelt und Energie. Bei letzterem ist auffaḷlig, dass die Digitalisierung als Schlusẅssel zur Bekaḿpfung der negativen Auswirkungen im Umweltbereich betont werden. Bemerkenswert ist zudem der Bedeutungsverlust beim Thema Privatsphaẗre und Datenschutz (2017: 9,6%; 2021: 5,5%) – ein Thema, das man zum Kernbereich der FDP als Buṙgerrechtspartei rechnen darf.

Bei den Gruñen laẅsst sich eine vergleichsweise starke Verschiebung der Themenschwerpunkte beobachten. Auch bei ihnen hat das Thema E-Government erheblich an Bedeutung gewonnen, ebenso wie die Bereiche Bildung und Wissenschaft sowie Gesundheit. Besonders interessant sind aber die Themenfelder, die von den Gruñen 2021 deutlich weniger betont werden als noch 2017: Konsequenzen der Digitalisierung fuṙ Arbeitsverhaḷtnisse (2017: 11,2%; 2021: 5,5%), Konsument:innenschutz (2017: 11,7%; 2021: 3,1%) und Privatsphaẗre und Datenschutz (2017: 11,7%; 2021: 2,4%) – dabei ist der Bedeutungsverlust gerade bei den letzten beiden Themen ja ein allgemeiner Trend ub̈er alle Parteien hinweg. Ub̈erraschend ist, dass die Gruñen weder bei Umwelt und Energie noch beim Thema Mobilitaẗ und Verkehr unter den Parteien auf dem ersten Platz der Themenschwerpunkte landen, sondern in beiden Faḷlen von der Linken ub̈erholt werden.

Das Politikangebot der Linken unterscheidet sich in der Digitalpolitik am deutlichsten von den anderen Parteien. Dies druc̈kt sich zum einen in der vergleichsweise geringen Bedeutung von Wirtschaftsthemen und E-Government aus. Zum anderen zeigt sich die Besonderheit der Linkspartei bei der starken Priorisierung der Themen Arbeitsverhaḷtnisse und Arbeiternehmer:innenrechte (gemeinsam mit der SPD) sowie offenem und gleichem Zugang zur digitalen Welt (gemeinsam mit der AfD), wobei hier besonders Aspekte der sozialen Ungleichheit im Vordergrund stehen. Bildung und Wissenschaft ist mit Abstand das gewichtigste Thema der Linken. Zudem macht sich die Linke als einzige Partei fuṙ Konzepte und Strategien von Open Data & Open Source besonders stark. Wie bereits erwaḥnt ist interessant, dass Umwelt und Energie sowie Mobilitaẗ – im Vergleich zu den anderen Parteien – eine herausgehobene Bedeutung einnehmen.

Auch die SPD hat eine andere Priorisierung als das buṙgerliche Lager und die AfD, allerdings weniger ausgepraḡt als die Linkspartei. Ub̈erraschenderweise ist Digitalisierung bei der SPD im Bereich Kultur und Medien sehr stark vertreten – was insgesamt eher als Randthema bezeichnet werden kann. Gemeinsam mit der Linken hat die SPD einen Fokus auf Arbeitsverhaḷtnisse und Arbeiternehmer:innenrechte, zugleich aber auch einen starken Fokus auf Wirtschaftsthemen, was sie wiederum von der Linken unterscheidet. Eine nachgeordnete Rolle spielt Digitalisierung bei der SPD hinsichtlich

Zukunftsthemen wie Verkehr und Mobilitaẗ sowie Energie und Umwelt – was sie mit der CDU/CSU und AfD gemein hat.

Referenzen

- Heeger, Viola. 2021. Studie: Wie digital sind die Wahlprogramme? *Tagesspiegel Background: Digitalisierung und KI*. 31. August 2021. https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/studie-wie-digital-sind-die-wahlprogramme
- Siewert, Markus B. & Pascal D. König. 2021. Becoming Mainstream? The Emergence of Digital Policies in German Regional Party Politics. *German Politics*. Online first. https://doi.org/10.1080/09644008.2021.1890040.
- Siewert, Markus B. & Pascal D. König. 2021. Digitalpolitik und Parteienwettbewerb in Zeiten von COVID-19. *DeFacto*. 10. März 2021. https://www.defacto.expert/2021/03/10/digitalpolitik-und-parteienwettbewerb-in-zeiten-von-covid-19/

[1] Der Anteil berechnet sich wie folgt: Zahl der Sätze mit Digitalisierungsbezug / Zahl der Sätze im Wahlprogramm insgesamt.

Bild: unsplash.com